

Was steht in den Wahlprogrammen zum Thema Flächenschutz?

	CDU	Grüne	LINKE	SPD
Planungsrechtlicher Schutz bestehender Grünflächen Umfasst vor allem: 1, 2, 3, 4, 16	Keine Aussage / keine erkennbare Priorität – Für die verbindliche planungsrechtliche Sicherung bestehender Grünflächen finden sich im Wahlprogramm keine belastbaren Aussagen.	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Der Schutz bestehender Grünflächen wird klar befürwortet, die konkreten planungsrechtlichen Instrumente werden aber meist weniger präzise benannt.	Klare Unterstützung – Sehr hohe Übereinstimmung. FNP, Landschaftsprogramm, planungsrechtliche Sicherung von Grünflächen und Schutz bestehender Freiräume werden deutlich aufgegriffen.	Keine Aussage / keine erkennbare Priorität – Im Wahlprogramm finden sich zu den zentralen Instrumenten der rechtlichen Sicherung bestehender Grünflächen keine erkennbaren Positionen.
Schutz besonderer Freiflächen: Kleingärten und Friedhöfe Umfasst vor allem: 5, 6	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Schutz von Kleingärten wird thematisiert, allerdings eher im Zusammenhang mit Ausgleich und Akzeptanz von Bauprojekten; zu Friedhöfen fehlt eine Position.	Teilweise bis klare Unterstützung – Kleingärten werden deutlich geschützt, zu Friedhöfen fehlt jedoch eine erkennbare Position.	Klare Unterstützung – Kleingärten und Friedhöfe werden ausdrücklich geschützt; bei Kleingärten werden sogar Gesetz, FNP und Bebauungspläne genannt.	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Kleingärten werden geschützt und gestärkt, zu Friedhofsf lächen fehlt aber eine programmatische Aussage.
Bauleitplanung, Umweltstandards und Verfahrensschutz Umfasst vor allem: 9, 11, 12, 13, 14, 15	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Einzelne Bezüge zu Wasser- und Regenmanagement sowie allgemeiner Personalausstattung sind erkennbar, die meisten konkreten Forderungen in diesem Feld bleiben aber unerwähnt.	Unklar / vage – In der Stoßrichtung anschlussfähig, bei den fachlich-konkreten Instrumenten der Bauleitplanung und den Verfahrensfragen aber oft zu allgemein.	Klare bis überwiegende Unterstützung – Ökologische Standards, Vermeidungs- und Minimierungsgebote, Kritik an Verfahrensbeschleunigung und personelle Stärkung der Planung werden deutlich aufgegriffen.	Keine Aussage / keine erkennbare Priorität – Schwammstadt und Regenwassermanagement werden genannt, zentrale Forderungen zu Umweltstandards, Planungskapazitäten und Verfahrensschutz aber nicht erkennbar aufgegriffen.
Hitzeschutz, Entsiegelung und neue Grünflächen Umfasst vor allem: 17, 18, 19, 20	Keine Aussage / keine erkennbare Priorität – Abgesehen von allgemeinen Aussagen zu Wasser- und Regenmanagement finden sich keine belastbaren Positionen zu den zentralen Forderungen in diesem Feld.	Klare Unterstützung – Sehr hohe Übereinstimmung bei Grün in unversorgten Quartieren, Biotopflächenfaktor und Netto-Null-Versiegelung; beim Monitoring teils etwas weniger präzise.	Klare Unterstützung – Umweltgerechtigkeit, zusätzliche Grünflächen, Biotopflächenfaktor, Netto-Null-Versiegelung und Kataster werden sehr deutlich benannt.	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Zusätzliche Grünflächen und Netto-Null-Neuversiegelung werden aufgegriffen, insgesamt aber weniger systematisch und weniger konkret als bei LINKEN und Grünen.
Umbau vor Neubau, Innenentwicklung und Flächeneffizienz Umfasst vor allem: 10, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 32	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Anschlussfähig bei Aufstockung, Leerstandsmonitoring und einzelnen Maßnahmen gegen Zweckentfremdung; bei Umnutzung, strategischer Innenentwicklung und Abrissvermeidung deutlich schwächer.	Klare bis überwiegende Unterstützung – Hohe Anschlussfähigkeit bei Flächenregister, Leerstandsbekämpfung, Aufstockung, Umnutzung und Abrissvermeidung; besonders stark bei behutsamer Innenentwicklung.	Klare Unterstützung – Sehr weitgehende Übereinstimmung bei Leerstandserfassung, Sanktionen, Aufstockung, Umnutzung, Abrissvermeidung und dem Vorrang von Umbau vor flächenintensivem Neubau.	Überwiegende Unterstützung – Gute Anschlussfähigkeit bei Kataster, Leerstand, Aufstockung, Umnutzung, Mieterschutz und Abrissbegrenzung; einige weitergehende Leitbilder werden aber nicht ausdrücklich genannt.
Bodenpolitik und gemeinwohlorientierte Wohnraumsicherung Umfasst vor allem: 7, 8, 27, 28, 31	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Unterstützung bei Genossenschaften und dem Erhalt landeseigener Liegenschaften; aktive Bodenpolitik im Sinne strategischen Ankaufs und Gemeinwohlsteuerung bleibt deutlich schwächer.	Überwiegende Unterstützung – Deutlich bei „Boden für Gemeinwohl“, Genossenschaften und neuer Wohngemeinnützigkeit; bei Vertragsmodellen mit Eigentümer*innen weniger klar.	Überwiegende Unterstützung – Sehr stark bei aktiver Bodenpolitik und Förderung von Genossenschaften; bei Verträgen mit Eigentümer*innen und Wohngemeinnützigkeit weniger klar.	Teilweise / sinngemäße Unterstützung – Anschlussfähig bei Flächenrückgewinnung und Genossenschaften; zur Wohngemeinnützigkeit und zu konkreteren bodenpolitischen Instrumenten weniger belastbar.
Mietenschutz Umfasst vor allem: 29, 30	Eher entgegenstehend bis klare Ablehnung – Ein Mietendeckel wird ausgeschlossen; bei der Mietpreisbremse setzt die CDU vor allem auf bestehende Instrumente statt auf eine klare Nachschärfung.	Klare Unterstützung – Mietendeckel, starke Mietpreisbremse und Sanktionen bei Verstößen werden klar befürwortet.	Klare Unterstützung – Bundesweiter Mietendeckel und weitgehende Mietregulierung werden ausdrücklich gefordert.	Klare Unterstützung – Rechtssicherer Mietendeckel und dauerhafte Mietpreisbremse ohne Ausnahmen werden ausdrücklich unterstützt.